

Zunächst ist grundsätzlich zu sagen: Eine Abschiebung erfolgt nicht im rechtsfreien Raum. Einer solchen Abschiebe-Entscheidung geht ein mehrstufiges rechtlich normiertes Einzelfallprüfungsverfahren voraus. Und niemand macht sich eine Abschiebe-Entscheidungen leicht.

Von daher wäre ein, wie im Antrag der Piraten geforderter, genereller Abschiebe-Stopp nach Afghanistan ein falsches Signal, gerade nach dem Berliner Anschlag durch einen abgelehnten Asylbewerber bzw. Ausreisepflichtigen.

Wie gesagt, wer aus Deutschland abgeschoben wird, hat in der Regel den Rechtsweg ausgeschöpft. Dort, wo absolut kein Bleiberecht besteht, muss auch der Aufenthalt in Deutschland beendet werden - am besten **freiwillig**.

Und diese **freiwilligen Rückkehrer** gibt es auch im Fall von Afghanistan in großer Zahl: Die Internationale Organisation für Migration (IOM), die unter dem Dach

der Vereinten Nationen steht und der 162 Mitgliedsstaaten angehören, führt alle paar Tage freiwillige Ausreisen aus Deutschland nach Afghanistan durch, unter Hinweis darauf durch, dass es in vielen Regionen ausreichend sicher ist. Bisher wurden durch die IOM allein in den letzten 12 Monaten rund 3.000 Heimreise-Anträge von in Deutschland lebenden Afghanen bewilligt. Das IOM prüft vor Rückkehr auch noch einmal jeden einzelnen Fall und bleibt auch mit den freiwilligen Rückkehrern nach der Heimreise in Kontakt. Dadurch haben sie ein gutes Bild über die Gefahren in den einzelnen Regionen. (Afghanistan ist ungefähr doppelt groß)

Aber leider reisen nicht alle Ausreisepflichtigen **freiwillig** aus, von daher benötigen wir auch das Mittel der Abschiebung.

Und wer aus Prinzip gegen Abschiebungen ist, wer hinter jeder Abschiebung ganz grundsätzlich eine Menschenrechtsverletzung sieht, der gefährdet in letzter Konsequenz für wirklich schutzbedürftige

Flüchtlinge künftige Chancen auf eine Aufnahmebereitschaft in Deutschland.

Und wie Sie von den PIRATEN in Ihrem Antrag das Wort „Sammelabschiebung“ nutzen, ist das mehr als nur verzerrend. Wenn damit der Eindruck erweckt werden soll, es sei nicht jedes menschliche Schicksal im Einzelfall mit all seinen Besonderheiten geprüft worden, dann wird der Begriff sogar absichtlich falsch genutzt, letztlich um hier Stimmung zu erzeugen.

Jeder Einzelne, der von diesen "Sammelabschiebungen" betroffen ist wurde im Rahmen eines rechtsstaatlichen Verfahrens mehrfach überprüft, angehört und letztlich durch eine rechtmäßige Abschiebungsverfügung zur Ausreise verpflichtet. Somit ist es immer eine Einzelfallentscheidung.

Ob dann am Schluss des Verfahrens jede dieser Einzelpersonen zusammen mit anderen Betroffenen

die Abschiebung antreten muss oder nicht, macht daraus kein Sammelverfahren.

Außerdem werden in NRW abgelehnte Asylbewerber darüber hinaus nur abgeschoben, wenn sie entweder Gefährder, Straftäter oder Männer sind, die jeglichen Integrationswillen haben vermissen lassen.

((Hintergrundinformation bei Bedarf: dpa 24.01.17: rund 63 Prozent des Landes in den Händen der Regierung und lediglich 33 der 407 Bezirke unter Kontrolle oder dem Einfluss der Taliban.) dpa 22.01: In den Regionen Kabul, Herat, Bamiyan und Panjshir zum Beispiel sei die Lage für die afghanische Zivilbevölkerung konstant ausreichend sicher))

Zudem sorgt der Bund dafür, dass zurückgeführte Personen in Afghanistan angemessen empfangen, aufgenommen und versorgt werden. So werden die von Deutschland nach Afghanistan zurückgeführten Personen bei ihrer Ankunft in Kabul vom afghanischen Flüchtlingsministerium, von IOM-Mitarbeitern,

von der gemeinnützigen humanitären Organisation für psychosoziale Betreuung (IPSO) und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Botschaft sowie der Bundespolizei vor Ort in Empfang genommen und versorgt.

Innenminister Jäger würde also mit einem Abschiebe-Stopp jetzt das falsche Signal setzen. Wenn jemand keinen Anspruch auf internationalen Schutz hat und ausreisepflichtig ist, dann muss er Deutschland wieder verlassen. Anders würde unser Asylrecht konterkariert und wirkungslos gemacht. Und gleichzeitig würde die Aufnahmebereitschaft für weitere Flüchtlinge in Not in weiten Teilen der Bevölkerung auf Null gesetzt, was wir nicht wollen.

Daher ist auch das, was die Grünen machen, a) inkonsequent und b) Makulatur: Einerseits fordern die NRW-Grünen beim Innenminister, auf Abschiebungen nach Afghanistan zu verzichten. Gleichzeitig haben sich die Grünen aus zehn Landesregierungen – und darunter auch NRW - darauf verständigt,

Abschiebungen nach Afghanistan nicht zu blockieren. (Grünen in einer gemeinsamen Erklärung: „bereit“)

Anrede, Rückführungsmaßnahmen nach Afghanistan sind nach einer sorgfältigen Einzelfallprüfung und nur in klar vorgegebenen Einzelfällen – leider notwendig, um unser Asylsystem funktionsfähig zu halten. Sie müssen verantwortungsvoll und behutsam, aber ebenso bestimmt und konsequent durchgeführt und fortgesetzt werden.

Und letztlich ist für mich diese Debatte um Afghanistan eine Schein- und Ablenkungsdebatte, wohl um vom Kernproblem abzulenken. Wir haben in Nordrhein-Westfalen - viel mehr als andere Bundesländer - eine hohe Zehntausenderzahl abgelehnter Asylbewerber , die aus anderen Ländern kommen, ausreisepflichtig und auch ausreisefähig sind, aber nicht abgeschoben werden. Hier ist NRW mehr denn je gefragt und kommt seiner Organisationsaufgabe wie Verantwortung nicht nach.